



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Frau
Bärbel Bas
Präsidentin des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anja Hajduk

Staatssekretärin

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-6870

Fax +49 30 18 615-5144

BUERO-ST-H@bmwi.bund.de

www.bmwk.de

Berlin, 20.01.2023

Seite 1 von 1

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr. 20/5148 der Fraktion der AfD zum Thema: **„Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4233“**.

Mit freundlichen Grüßen


Anja Hajduk

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD

Nachfrage zur Kleinen Anfrage Arbeitsbelastung der Bundesministerien (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4496)

In der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD „Arbeitsbelastung der Bundesministerien“ auf Bundestagsdrucksache 20/4233 wird danach gefragt, wie hoch seit dem 24. Februar 2022 der Krankenstand im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) insbesondere bei Burnout und Tinnitus sei. Die Frage bezog sich auf eine Aussage von Bundesminister Dr. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) zur Überlastung seiner Mitarbeiter, die er auf dem Kongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie getätigt und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Onlinebeitrag zitiert hatte: „Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr.“

Die Bundesregierung antwortet auf Bundestagsdrucksache 20/4496, dass ihr als Dienstherrin aufgrund „rechtlicher Unzulässigkeit“ zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen keine Diagnosen mitgeteilt, durch sie erfragt oder gar erfasst werden dürften, da es sich dabei um „besonders schützenswerte Gesundheitsdaten“ handele.

Wir fragen die Bundesregierung:

Frage:

Auf welche Grundlagen und Quellen stützt der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz seine Aussage, dass „die Leute (...) krank“ (siehe Vorbemerkung) würden und insbesondere Tinitus und Burnout hätten sowie nicht mehr könnten, wenn der Bundesregierung keine Diagnosen mitgeteilt werden?

Antwort:

Im engen Arbeitsverhältnis eines Ministers mit den Fachreferenten erlangt der Minister auch Kenntnis über die persönliche Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen und mögliche gesundheitliche Folgen. Das nimmt Bundesminister Dr. Robert Habeck sehr ernst. Die Umstrukturierungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (vergleiche die Regierungspressekonferenz vom 23. September 2022) sind auch in der Absicht erfolgt, die Arbeitsbelastung breiter zu verteilen und damit der Fürsorgepflicht als Arbeitgeber nachzukommen. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention und Aufklärung wie z.B. Angebote zur Förderung der Resilienz oder Workshops zum Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz.